



Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Fraktion im Rat der Stadt Dormagen -

SPD-Fraktion * Kölner Str. 93 * 41539 Dormagen

Herrn
Bürgermeister Erik Lierenfeld
Neues Rathaus
Paul-Wierich-Platz 2
41539 Dormagen

Fraktionsantrag
Einzelantrag
Anfrage
Beschlusskontrolle

| |
|---|
| X |
| |
| |
| X |

Dormagen, den 24.07.2018

Schutz von Fußgängern und Radfahrern im Straßenverkehr: Abbiege-Assistenzsystem in städtischen Fahrzeugen zur Regel machen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 06. September zu setzen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung, die Entsorgungsgesellschaft Niederrhein sowie alle städtischen Tochterunternehmen, die Lastkraftwagen oder Busse im Stadtgebiet einsetzen, werden beauftragt zu prüfen, ob diese Fahrzeuge mit einem eigenständig bremsenden und nicht abschaltbaren Abbiege-Assistenten nachgerüstet werden können und welche Kosten hierdurch entstünden.
2. Bei Neuanschaffung von LKW, Bussen und ähnlichen Nutzfahrzeugen ist darauf zu achten, dass diese Sicherheitssysteme bereits installiert sind, auch wenn hierdurch Mehrkosten entstehen. Abbiege-Assistenten sollen in größeren Fahrzeugen des „Konzerns Stadt Dormagen“ möglichst bald zur Regel werden.
3. Die Kreuzungen im Stadtgebiet werden sukzessive darauf hin untersucht, wo durch veränderte Fahrbahnmarkierungen (zurückziehen der Haltelinien für PKW) Radfahrer besser vor Abbiegeunfällen geschützt werden können. Ebenso bitten wir um Prüfung der Einsatzmöglichkeit spezieller Zusatzampeln (siehe Anlage) für Radfahrer, besonders an unfallträchtigen

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dormagen

Kölner Str. 93 41539 Dormagen
(1. Etage / Zimmer 1.05 / 1.06)

Telefon: 02133 / 979 9688
Fax 03212 125 4959

Bürozeiten Montag bis Freitag: 9 - 12 Uhr
und nach Vereinbarung

E-Mail: spd-fraktion@stadtrat-dormagen.de
Internet: www.spd-dormagen.de
Vorsitzender: Andreas Behncke

Kreuzungen. Diese geben Radfahrern ein paar Sekunden vor LKW/PKW „grün“, damit Radfahrer Zeit haben, in die Kreuzung einzufahren. Dadurch sind sie für motorisierte Verkehrsteilnehmer früher sichtbar.

Das Ergebnis der Prüfungen ist dem Hauptausschuss sowie den entsprechenden Gremien der städtischen Tochtergesellschaften rechtzeitig vor Verabschiedung der Haushalts-/Wirtschaftspläne für 2019 vorzulegen, damit eventuelle Mehrkosten bei der Fahrzeugbeschaffung noch berücksichtigt werden können.

Begründung:

In den letzten Monaten sind leider erneut Unfälle beim Abbiegen von LKW geschehen, in denen des Öfteren auch kommunale Fahrzeuge involviert waren. So überrollte Ende Mai ein Müllwagen in Köln beim Abbiegen einen kleinen Jungen, der mit seinem Fahrrad unterwegs war. Der Siebenjährige kam dabei ums Leben. Eine 31-jährige Frau ist Anfang Juli in Essen von einem Müllwagen überrollt und getötet worden. Der Unfall in Essen ereignete sich laut einem Polizeisprecher, als der Lastwagen der Entsorgungsbetriebe in eine Straße abbog. Die siebenjährige Tochter der Frau wurde schwer verletzt.

Nach Angaben des Fahrrad-Clubs ADFC verunglückt durchschnittlich alle 22 Stunden ein/e Radfahrer/in auf deutschen Straßen tödlich. Rund 10 Prozent der tödlichen Unfälle sind dabei Abbiegeunfälle, die durch entsprechende Assistenzsysteme mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hätten verhindert werden können.

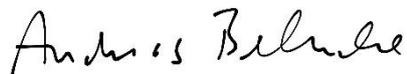
Nicht erst seit den oben genannten Unfällen sind technische Assistenzsysteme für LKW im Gespräch. Der Bundesrat hat am 8. Juni 2018 die Bundesregierung aufgefordert, sich gegenüber der Kommission und der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) noch intensiver als bisher dafür einzusetzen, dass in den Typgenehmigungsvorschriften schnellstmöglich Abbiegeassistenzsysteme bei Nutzfahrzeugen ab 7,5 t zulässigem Gesamtgewicht verpflichtend vorgeschrieben werden. Darüber hinaus fordert der Bundesrat auch eine Nachrüstpflicht für ältere Fahrzeuge. Unfallexperten fordern die technisch erprobten Abbiege-Assistenten, die inzwischen Serienreife haben, schon länger und werden dabei vom ADFC und der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW (AGFS NRW), in der auch Dormagen Mitglied ist, unterstützt.

Da die gesetzlichen Voraussetzungen jedoch international geregelt sind und von Deutschland nicht im Alleingang geändert werden können, setzt Bundesverkehrsminister Scheuer vorerst auf freiwillige Nachrüstung. Neben der freien Wirtschaft sind im besonderem Maße auch die Kommunen gefordert, ihre Fahrzeugflotte zeitnah um- und nachzurüsten. Die Stadt Dormagen und die Tochterunternehmen sollten dabei mit gutem Beispiel vorangehen und dort nachrüsten, wo dies technisch möglich ist und künftig keine neuen LKW, Busse oder andere Nutzfahrzeuge mehr anschaffen, die nicht mit Abbiege-Assistenten ausgerüstet sind.



Darüber hinaus kann eine angepasste Fahrbahnmarkierung Unfälle vermeiden helfen. Haltelinien, die für den motorisierten Verkehr um wenige Meter zurückverlegt werden, helfen, weil Radfahrer dann für Autos und LKW beim Anfahren während der beginnenden Grünphase besser sichtbar sind. Zusatzampeln für Radfahrer sind bereits in Münster und in Düsseldorf (dort zum Beispiel auf der Elisabethstraße) im Einsatz. Sie geben den Radfahrern wenige Sekunden vor den Autos grünes Licht. Dadurch können diese früher anfahren und somit aus dem toten Winkel anderer motorisierter Verkehrsteilnehmer herausfahren. Das erhöht die Sicherheit für Radfahrer ganz beträchtlich.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Behncke
Fraktionsvorsitzender



Bernhard Schmitt
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Anlage: Zusatzampel für Radfahrer

